

Gleichstellung – gezähmt

Die Stadtzürcher Fachstelle hat in den 25 Jahren ihres Bestehens einen Wandel durchgemacht

Das Zürcher Gleichstellungsbüro feiert seinen runden Geburtstag ohne Festivitäten, aber mit Fachveranstaltungen. Das spricht Bände. Die Zeit der Streiks und frechen Sprüche ist vorbei. Heute leisten die Frauen vor allem Hintergrundarbeit.

Irène Troxler

Manche überkommt beim Wort Gleichstellung ein Gähnen. Andere ballen die Faust. Nach so vielen Jahren feministischen Kampfs verdienen Frauen immer noch weniger, und Männer besetzen weiterhin die meisten Chefsessel, so merken sie an. Wie ein Haar dem anderen gleicht die eben lancierte Kampagne zu den gängigen Rollenbildern jener des Jahres 1998. «Wem vertrauen Sie lieber Ihre Herzoperation an?», hiess es damals, und die genau gleiche Frage leuchtet auch jetzt wieder von Plakaten in Tram und Bus – unter dem Konterfei eines Mannes und einer Frau.

Nichts erreicht?

So fragt man sich unwillkürlich, ob in 25 Jahren gar nichts erreicht wurde. Doch so ist es nicht. Im Jahr 1990 waren in Zürich 30,2 Prozent aller Beschäftigten Frauen. Bis 2013 kletterte die Zahl laut Statistischem Jahrbuch der Stadt auf 45 Prozent. Auch wenn viele Frauen Teilzeit arbeiten und etliche für die gleiche Arbeit weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen: Ein eigenes Einkommen ist ein Fortschritt auf dem Weg zur Gleichstellung. Viel eher muss man sich fragen, ob diese Art der Öffentlichkeitsarbeit noch zeitgemäss ist, wenn heute sogar die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich in ihren Rekrutierungskampagnen auf originelle Weise mit Rollenklischees spielen. Die Arbeit der Zürcher Fachstelle lässt sich allerdings nicht auf ihre Plakate reduzieren. Der Grossteil spielt sich nämlich hinter den Kulissen ab.

Man baue Netzwerke auf, bringe Gleichstellungsthemen in Entscheidungsgremien und Fachkommissionen ein, berate und vermittele und trete beharrlich gegen alte Rollenbilder an, die immer wieder auftauchen, sagt Anja Derungs, Stellenleiterin seit 2012. Manche Themen stehen schon seit längerem auf der Agenda, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Lohngleichheit, Frauen im Kader, sexuelle Belästigung, häusliche Gewalt. Aber es tauchen auch immer wieder neue auf: etwa das Pro-



Kampf für Gleichstellung auf der Strasse: Der Frauenstreik am 14. Juni 1991. KEYSTONE

blem der Care-Migrantinnen, die zu unhaltbaren Arbeitsbedingungen alte Menschen pflegen, der internationale Frauenhandel, die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität sowie die Gewalt in Paarbeziehungen von Jugendlichen. Auch innerhalb der Stadtverwaltung gibt es noch zu tun: Im Rahmen eines vom Stadtrat verabschiedeten Gleichstellungsplans steuert die Fachstelle diesen Prozess und begleitet

die Departemente, damit sie ihre selbstgesetzten Ziele auch effektiv verfolgen.

Der Schwung der ersten Jahre

Linda Mantovani Vögeli war 1990 zusammen mit Zita Küng die erste Stellenleiterin. «Wir verspürten einen starken politischen Rückenwind», erinnert sie sich. Zwei Drittel der Zürcher Bevölkerung hatten in einer Volksabstimmung Ja gesagt zum Büro. Der Auftrag lau-

tete, die Gleichstellung in der ganzen Gesellschaft zu fördern, nicht nur in der Verwaltung. «Wir nahmen in Kauf, dass wir aneckten», sagt sie, beispielsweise mit Inseraten im «Tagblatt», in denen konkrete Diskriminierungen angeprangert wurden. Das habe immer wieder kontroverse Diskussionen im Gemeinderat provoziert. Es war die Zeit des eidgenössischen Frauenstreiks. Kein Blatt vor den Mund zu nehmen, entsprach dem Zeitgeist.

Einen richtigen Aufruhr habe 1998 ein Strassentheater provoziert, in dem die Frauen aufgerufen wurden, wählen zu gehen und Frauen auf die Wahlzettel zu schreiben, erinnert sich Mantovani Vögeli. Der Stadtrat habe diese Aktion verboten, was ihr eine «wunderbar grosse Publicity» verschafft habe. Es habe sich eine Protestbewegung formiert, die das Stück privat finanziert habe, und auch die beiden Stadträtinnen Kathrin Martelli und Monika Stocker hätten sich beteiligt.

Anspruchsvoller

Wenn man heute solche Aufmüpfigkeiten vermisst, so müsse man bedenken, dass die Stelle damals in der Frauenbewegung gut verankert war, gibt Mantovani Vögeli zu bedenken. «Solche Vorfälle lösten sofort Demonstrationen aus.» Heute sei die gesellschaftliche Situation eine andere. Sie sei aber schon etwas «erschrocken», als ihre alten Plakate wieder in den Trams aufgetaucht seien. Mittlerweile sei es doch einigermaßen selbstverständlich geworden, dass junge Frauen beim Eintritt ins Berufsleben auch männlich konnotierte Berufe in Betracht zögen. Grundsätzlich sei die Aufgabe der Fachstelle wohl anspruchsvoller geworden, meint sie, weil die Benachteiligungen heute versteckter seien. Die Lohndiskriminierung sei aber immer noch offensichtlich.

Auch Anja Derungs sieht bei diesem Thema Nachholbedarf: «Wir müssen bei den Unternehmen etwas anstossen», sagt sie, beispielsweise indem die Stadt bei öffentlichen Beschaffungen auf eine faire Entlohnung achte. Diesen Grundsatz habe die Stadt Bern bereits verwirklicht. Für die Gleichstellungsbeauftragte ist klar: Die Fachstelle für Gleichstellung braucht es weiterhin, denn Rollenbilder seien beharrlich. Wenn man nicht dranbleibe, könne die Situation leicht wieder in die andere Richtung kippen.

Am 29. Januar um 19 Uhr findet im Stadthaus ein Podiumsgespräch über Geschlechterrollen statt.

Schulpavillon beim Kinderspielplatz

Beschluss des Zürcher Stadtrats

ak. · Bei der Schulanlage Entlisberg im Zürcher Kreis 2 soll ein dreistöckiger Schulpavillon auf eine Wiese direkt beim Kinderspielplatz am Owenweg gestellt werden. Mit einer Petition hatten Anwohnerinnen und Anwohner den Zürcher Stadtrat gebeten, auf diesen Standort zu verzichten beziehungsweise andere im Umfeld des Schulhauses zu suchen. Nun teilt der Stadtrat mit, dass er am geplanten Pavillon an genau diesem Ort festhalte. Es gebe gar keine andere Möglichkeit. Das Schulhaus und die Umgebung sind vor wenigen Jahren saniert worden. Das Ensemble befindet sich im Inventar schützenswerter Bauten, weshalb die Pavillons nicht auf dem Grünstreifen vor der Schulanlage aufgestellt werden könnten. Der Hartplatz auf der südlichen Seite der Schule sei als Spiel- und Pausenplatz beliebt, weshalb er auch nicht infrage komme. Und die grosse Wiese südlich des Hauptgebäudes dürfe schon aus zonenrechtlichen Gründen nicht überbaut werden. Trotz dem Beschluss des Stadtrats kann der Schulpavillon nicht sofort erstellt werden. Es ist gegen seinen Bau nämlich auch ein Rekurs eingereicht worden. Die Realisierung auf das Schuljahr 2015/16 hin sei damit nicht mehr möglich, schreibt der Stadtrat in der Mitteilung. Der Bau hätte Platz bieten sollen für drei Klassen und zwei Kindergärten.

CS schliesst zwei Bankfilialen

Aus in Richterswil und Wollishofen

scf. · Ab Mai dieses Jahres gibt es für CS-Kunden in Wollishofen und in Richterswil keine persönliche Beratung mehr. Die Credit Suisse schliesst an beiden Orten ihre Geschäftsstellen, wie sie am Mittwoch mitgeteilt hat. Mit diesem Entscheid wolle man das Geschäftsstellennetz optimieren.

«Mit dieser Anpassung bündeln wir unsere Dienstleistungen», begründet CS-Mediensprecher Tobias Plangg die Schliessung. «Die Kundenbedürfnisse verändern sich nicht zuletzt mit den digitalen Möglichkeiten.» Stellen würden aber keine abgebaut. «Sämtliche Mitarbeiter werden in anderen Geschäftsstellen weiterbeschäftigt.» In Richterswil wird ein Geldautomat die geschlossene CS-Filiale ersetzen. Die Bank wird die Immobilie verkaufen. Auch in Zürich Wollishofen soll fortan nur noch ein Geldautomat zur Verfügung stehen. Der Mietvertrag der Liegenschaft wird gekündigt.

Zürich galoppiert voraus bei Zonen für preisgünstiges Wohnen

Nach der kantonalen Abstimmung will der Gemeinderat die Bauordnung anpassen – kantonale Vorgaben fehlen noch

Der Gemeinderat will vorwärts-machen und Zonen für preisgünstigen Wohnraum schaffen. Die im September beschlossene Gesetzesänderung soll kommunal umgesetzt werden, bevor die entsprechenden kantonalen Bestimmungen vorliegen.

tox. · Ende September stimmte das Zürchervolk einer Gesetzesänderung zu, die den Gemeinden mehr Planungsfreiheit bei der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum gewährt. Sie dürfen bei Aufzonungen dafür Mindestanteile festlegen. Wie dies genau funktionieren soll, ist noch nicht klar. Dazu muss der Regierungsrat nun Ausführungsbestimmungen erlassen.

Sofort eine BZO-Änderung

Darauf mag die rot-grüne Mehrheit im Zürcher Gemeinderat allerdings nicht warten. Sie hat am Mittwoch eine Motion überwiesen. Der Stadtrat wird darin beauftragt, eine BZO-Revision vorzulegen. Darin soll er Gebiete be-

zeichnen, in denen künftig ein Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen gelten soll. «Uns ist klar, dass wir mit der Umsetzung auf die kantonalen Regelungen warten müssen», sagte die SP-Sprecherin Gabriela Rothenfluh. Der Stadtrat und die Verwaltung sollten die Arbeit aber jetzt schon aufnehmen. So sei man bereit, wenn die kantonale Rechtsgrundlage komme.

Albert Leiser (fdp.) wies darauf hin, dass Investoren bei Planungen künftig mit Begehrlichkeiten von verschiedenen Seiten konfrontiert sind. So sei neben

der Pflicht zum Bau von preisgünstigen Wohnungen auch eine Mehrwertabgabe im Grundsatz beschlossen. Dazu komme die Grundstücksgewinnsteuer. Solange offen sei, wie diese Instrumente aufeinander abgestimmt würden und wohin das Geld schliesslich fliesse, seien konkrete Planungen verfrüht.

In der Ratsdebatte prallten einmal mehr die Ideologien aufeinander. Die Sprecher von FDP und SVP kritisierten die Pläne der Linken als populistisch, weil die Rechnung nicht aufgehe. Am Ende subventioniere ein Teil des Mittel-

stands einfach den anderen. Jene, die keine der begehrten Kostenmiete-Wohnungen ergatterten, bezahlten am Schluss mehr, da der Investor ja kaum auf seine Rendite verzichten werde. Zudem bestehe die Gefahr, dass nicht mehr genug gebaut werde.

Was dient dem Mittelstand?

Die Redner von Grünen und AL kontierten, die Eigentümer könnten immer noch genügend Wert abschöpfen, da die Vorgabe ja nur gelte, wenn sie von einer Aufzonung profitierten. In der Stadt Zürich seien sich offenbar beide Arten von Mittelstand einig – der, von dem die Bürgerlichen sprechen, und der, den die Linke vertritt. Immerhin hätten hier fast drei Viertel der Stimmentenden Ja gesagt am 28. September. Mit der Zustimmung der GLP, die sich für eine moderne Stadt mit einem Wohnangebot für alle Schichten aussprach, erreichte die Motion eine Mehrheit. Die CVP hingegen hatte die kantonale Vorlage vom September zwar unterstützt, empfand das im Vorstoss vorgegebene Tempo nun aber als zu forsch und lehnte die Motion ab.

AUS DER SITZUNG DES ZÜRCHER GEMEINDERATS

► **Geld für «Isle Victoria».** Die von einer Stiftung getragene Beratungsstelle für Frauen aus dem Sexgewerbe erhält weiterhin Beiträge von 111 000 Franken jährlich, und es wird ihr die Miete erlassen. Allerdings spricht sich eine Mehrheit des Rats dafür aus, dass der Betrag um 10 Prozent gekürzt werden kann, wenn die städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag ausweist. Folgt ein weiteres Jahr mit Bilanzfehlbetrag, so kann bis zu 20 Prozent gekürzt werden.

► **Grünes Licht für Schulhaus Schütze.** Auf dem Schütze-Areal beim Escher-Wyssp-Platz soll ein städtisches Primarschulhaus mit Park entstehen. Der Gemeinderat stimmt einer Änderung der Bau- und Zonenordnung zu und hebt einen alten, nicht mehr zweckmässigen Gestaltungsplan auf.

► **Masterplan für den Adlisberg.** Der Rat überweist ein Postulat von Rot-Grün zur Sicherung von Erholungsflächen am Adlisberg. tox.

Die SVP lässt nicht locker

Labitzke-Entscheid in der Kritik

tox. · Die SVP will sich nicht mit einem Entscheid des Zürcher Polizeivorstehers Richard Wolff abfinden. Vor einer Woche gab dieser bekannt, dass die Kosten des Polizeieinsatzes zur Räumung des Labitzke-Areals in Altstetten nicht auf die Besetzer überwälzt werden sollen. In einem am Mittwoch eingereichten Postulat fordert die SVP nun den Stadtrat auf, zu prüfen, wie er diese Ausgaben doch noch den 16 verhafteten Besetzern weiterverrechnen kann. Die rechtliche Grundlage liefere das kantonale Polizeigesetz. In der Gemeinderatssitzung vom Mittwoch geisselte Fraktionschef Mauro Tuena die «Klientel-Politik» des alternativen Polizeivorstehers Niklaus Scherr (al.) hielt dagegen, die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung sei eine staatliche Kernaufgabe, die über Steuern, nicht über verursachergerechte Gebühren zu finanzieren sei. Es liege in der Natur der Sache, dass Verstösse gegen die Rechtsordnung polizeilichen Aufwand generierten, ob es nun um Bankraub, Wirtschaftskriminalität oder Hausbesetzung gehe. Man könne nicht selektiv den Polizeiaufwand verrechnen.